

FBP

Treffpunkt am Sonntag
im Hirschen Mauren

Wer gemeinsam mit der FBP und den Befürwortern der Fürsteninitiative die Abstimmungsergebnisse entgegennehmen will, ist am **Wahlsonntag ab 14.00 Uhr im Gasthaus Hirschen, Mauren**, an der richtigen Adresse.

Wir freuen uns auf viele Gäste und natürlich auf ein positives Resultat.

NACHRICHTEN

Kleinsäuger der Alpen

VADUZ – Im Rahmen des Winterprogramms der Botanisch-Zoologischen Gesellschaft Liechtenstein-Sargans-Werdenberg wird am nächsten Dienstag, den 18. März um 20 Uhr Dr. Jürg P. Müller im Biologesaal des Gymnasiums Vaduz über Kleinsäuger in unseren Alpen berichten. Viele unserer Tiere in den Bergen sind uns wohl vertraut, wie Gämse, Hirsch oder Murmeltier. Aber kennen wir unsere kleinen Säuger? Was sind überhaupt Kleinsäuger, wieviele Arten kommen vor? Welche Lebensräume besiedeln diese Tiere, wie ist ihre Verbreitung? Wie können sie in unserer unwirtlichen Bergwelt, vor allem im Winter, überleben? Dr. Jürg P. Müller, Direktor des Naturmuseums Chur und Kleinsäuger-Spezialist, wird uns in Wort und Bild Antworten zu all diesen Fragen geben können. Jedermann ist zu diesem interessanten Vortrag herzlich eingeladen. **BZG**

Beeren-, Moorbeetpflanzen-,
Sträucher- und Baumschnitt

SCHAAN – Jeder Schnitt zur rechten Zeit bringt Ernte und Blühwilligkeit. Das Schneiden wird an diversen schnittbedürftigen Pflanzen geübt. Der Kurs 204 unter der Leitung von Alois Jehle beginnt am Samstag, den 15. März um 13.30 Uhr bei der Gärtnerei Jehle in Schaan. Anmeldung und Auskunft bei der Erwachsenenbildung Stein-Egerta in Schaan, Tel. 232 48 22 oder E-Mail: info@stein-egerta.li. (Eing.)

125 JAHRE
VOLKSBLATT

Ereignisse der letzten 125 Jahre

«SCHWEINEREI»
DER SCHWEIZER

ESCHEN, 20. Februar 1926 – Unzufrieden waren am letzten Dienstag die Marktbesucher ohne Unterschied der Partei über unsere Regierung, als man auf dem Schweinemarkt Tiere aus der benachbarten Schweiz bemerkte. Die Eigentümer der Tiere, Männer von Grabs und aus dem übrigen Rheintale, hatten allerdings Gesundheitsscheine bei sich und sagten, dass bei ihnen nichts bekannt gemacht worden sei, dass man mit Tieren nicht ins Liechtensteinische dürfe. Auch an der Rheinbrücke stehe keine Verbotstafel. Die Polizei schaffte dann diese Parteien vom Markt weg. Vom juristischen Standpunkte aus wäre wahrscheinlich die Wegweisung vom Markt, da die Regierungskundmachung erklärt, dass Verkehr aus verseuchten Gebieten verboten sei, unstatthaft gewesen, da die Tierbesitzer Gesundheitsscheine für ihre Tiere hatten, vom praktischen Standpunkte aus war jedoch die Massnahme der Polizei vollkommen in Ordnung. Auf alle Fälle war es auch von diesen Schweizern rücksichtslos, dass sie, trotzdem bei ihnen die Märkte wegen der Seuche eingestellt sind, uns Liechtensteiner wagten, indem sie bei uns den Markt mit Klautentieren besuchten.

**Morgen: M. Ritter im Gips
– wegen Günther Netzer!**

Der Ast, auf dem wir sitzen...

Mein Standpunkt: Von Josef Eberle, alt Gemeinderat, Triesenberger

Mit meinen kurz gefassten Gedanken möchte ich die grosse Sorge um die Zukunft unser Landes ausdrücken, eine Sorge, die mich so tief bewegt, dass ich den Mut gefasst habe, hier oben zu stehen und zu Ihnen zu sprechen.

Unserer Partei ist vor zwei Jahren sicher auch darum ein so hohes Vertrauen entgegengebracht worden, weil wir mit dem Versprechen angetreten sind, mit dem Fürsten einen Konsens im leidigen Verfassungsstreit zu finden.

Konsenslösung erzielt

Die Regierung hat sich den Weg in der Konsensfindung nicht leicht gemacht. Aus meiner Sicht konnte sie nur diesen einen Weg wählen, nämlich den des Kompromisses.

● Zusammen mit der Mehrheit der Verfassungskommission,

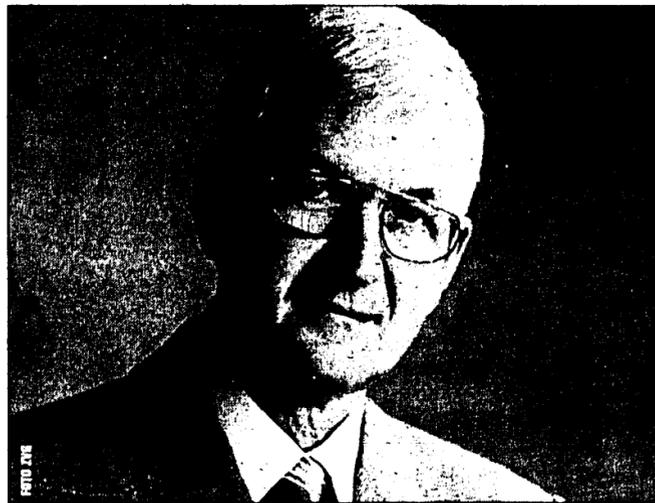
● mit der FBP-Fraktion

● und mit dem Landesfürsten liegt nun eine tragfähige Lösung vor, die auch dem Urteil hochrangiger Verfassungsspezialisten standhält. Selbstverständlich kann man immer noch ein oder mehrere Haare in der Suppe finden. Eine Verfassung, die allen passt wird es nie geben.

Auch wenn ich mich oftmals über die Aktivitäten verschiedener Gruppen und auch über gewisse Leserbriefe ärgere, so möchte ich hier dennoch nicht über Andersdenkende schimpfen oder sie gar ausgrenzen.

Nein zu Initiative
Verfassungsfrieden

Ich sage aber ganz deutlich, dass die so genannte «Friedensinitiative» für mich kein gangbarer Weg ist. Sie macht die Rechnung ohne den Wirt. Das kann nicht gut gehen. Es wäre das Ende des bewährten Dualismus. Auch die VU sieht in



Ja zur Fürsteninitiative, ja zur Verteidigung unserer Staatsform: Josef Eberle, alt Gemeinderat, Triesenberger.

dieser Initiative keine Lösung. Die offizielle VU geht aber mit der Empfehlung des doppelten Neins einen ebenso gefährlichen und provokanten Weg. Es ist ein Weg der Spekulation. Es stimmt schlichtweg nicht, wenn von den Parteiverantwortlichen dargelegt wird, wir können bei einem doppelten Nein bei der Verfassung von 1921 bleiben, um mit dieser noch Jahre und Jahrzehnte gut zu leben. Dabei wird Wesentliches verschwiegen. Mit dem Wegzug des Fürsten wäre nichts mehr wie bisher! Lassen wir uns nicht Sand in die Augen streuen.

Strassburg: Unfähiges Volk?

Nicht schweigen möchte ich zu den Vorgängen in Strassburg. Da kann ich meine grosse Enttäuschung nicht verbergen. Halten die auf dem Papier Unterzeichneten das liechtensteinische Volk wirklich für unfähig eine eigene demokratische Entscheidung zu treffen? Wollen wir uns unser Grundgesetz von aussen aufzwingen lassen?

Nein, das wollen wir nicht!

Schwerwiegende Folgen

Ein Nein zur Fürsteninitiative hätte in meinen Augen schwerwiegende Folgen für unser Land:

● Der Fürst hat die Vertrauensfrage gestellt, ob wir es wollen oder nicht und er wird im Falle eines Neins das Land verlassen. Das steht fest. Auch unser Ehrenpräsident wird ihn nicht mehr zurückhalten können!

Der Bieler Stadtpräsident hat anlässlich des Liechtensteintages an der Expo 2002 im Hinblick auf den Wegzug des Fürstenhauses leicht ironisch aber wohlmeinend gesagt: «Man merkt erst was man gehabt hat, wenn man etwas nicht mehr hat». Die Verlustängste sind berechtigt.

Staatsform In Frage

Wenn der Fürst seinen Wohnsitz nicht mehr im Lande hat, haben wir eine Scheinmonarchie. Mittelfristig würde unsere heutige Staatsform in

Frage gestellt. Streit und Unruhe im Land gingen endlos weiter, sehr wahrscheinlich mit noch grösserer Heftigkeit. Das wissen auch die Verantwortlichen von VU und FL.

Instabilität ist Gift

Diesen Streit und diese Vergeudung der Kräfte können wir uns schlichtweg nicht mehr leisten. Unsere Kräfte müssen dringend vereint eingesetzt werden für ein Liechtenstein, das wieder Vertrauen, Zuverlässigkeit und Stabilität vermittelt. Wir kennen alle die anstehenden Probleme. Politische Instabilität ist Gift für unseren Finanzplatz.

● Nicht nur das Ansehen unseres Landes hat Schaden gelitten, auch viele unserer früher guten zwischenmenschlichen Beziehungen sind arg strapaziert. Es ist im Interesse von uns allen, wieder aufeinander zuzugehen.

Mit einem klaren Ja zur Initiative des Fürstenhauses setzen wir uns als staatstragende Partei für den Weiterbestand unserer bewährten Staatsform ein.

Nicht den Ast absägen,
auf dem wir alle sitzen

Es sind zwei Pfeiler, die meiner, die unserer ins Wanken geratenen Brücke, auf der wir uns bewegen, Halt und Optimismus geben: Der eine Pfeiler sind jene Kräfte, welche sich für die Initiative des Fürstenhauses aussprechen und sich damit für den echten Frieden einsetzen. Der zweite Pfeiler ist die schweigende Mehrheit des liechtensteinischen Volkes, das, davon bin ich überzeugt, den Ernst der Lage erkannt hat und mit Feingefühl, Identitätsbewusstsein und Klugheit unsere Staatsform verteidigen wird und uns nicht den Ast absägt, auf dem wir alle sitzen.

«Breiter Konsens erforderlich»

Mein Standpunkt: Von Josef Biedermann, alt Landtagsvizepräsident

Heute und am Sonntag werden wir Stimmbürgerinnen und Stimmbürger des Landes eine aussergewöhnliche und historische Weichenstellung für die Zukunft Liechtensteins vornehmen. Damit verbunden ist in weiten Kreise der Bevölkerung die Hoffnung, dass nach dem über zehn Jahre andauernden Konflikt über die Ausgestaltung der Verfassung endlich Ruhe einkehrt und die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft sich in Liechtenstein mit aller Kraft den anderen grossen Herausforderungen unserer Zeit stellen können.

Ich verstehe diesen Wunsch, bedauere aber persönlich, dass die Volksabstimmung in dieser Form notwendig ist, weil wir wissen, dass sie uns nicht stärkt, sondern schwächt, uns nicht zusammenführt, sondern trennt.

Mir bleibt unverstänlich, warum S.D. Fürst Hans-Adam II. und der Erbprinz die Entscheidung über die neue Verfassung zu einer Vertrauensfrage über die Zukunft der fürstlichen Familie in Liechtenstein gemacht haben. Auch ich schätze und achte die Mitglieder der fürstlichen Familie, und das Fürstentum Liechtenstein ist meine Heimat. Mit vielen Mitbewohnerinnen und

Mitbewohnern erwarte ich aber von einem Staatsoberhaupt, dass es vermittelt und nicht ausgrenzt, dass es für die Anliegen der ganzen Bevölkerung eintritt und nicht mit einer emotionalen PR-Kampagne Stimmung macht, ohne auf die Verfassungsreform einzugehen.

Ich ersuche die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bei dieser schicksalhaften Volksabstimmung am 14. und 16. März zu verhindern, dass

● durch die Schwächung von Landtag, Regierung und Staatsgerichtshof Demokratieverluste hingenommen werden,

● von unseren Vorfahren für das Volk erkämpfte Rechte verloren gehen,

● die Unabhängigkeit der Richter durch das vom Fürsten vorgeschlagene Auswahlverfahren gefährdet wird,

● der Grundsatz vom Bestand und

Zusammenhalt unseres Landes durch das Austrittsrecht der Gemeinden aufgegeben wird,

● die Möglichkeit zur Abschaffung der Monarchie in unserer Verfassung vorgesehen wird und

● wir Gefahr laufen, in der europäischen demokratischen Rechts- und Wertegemeinschaft isoliert zu werden.

Jede bewährte Verfassung ist ein Gemeinschaftswerk, in und mit dem das Verbindende und Gemeinsame über das Trennende gestellt wird. Das bedeutet, dass Veränderungen unseres Grundgesetzes nicht nur eine qualifizierte Mehrheit im Landtag erfordern. Verfassungsänderungen brauchen auch einen breiten Konsens in der Bevölkerung, wenn sie eine tragfähige Grundlage für die zukunftsweisende Entwicklung des Landes und die Erhaltung unserer Identität sein sollen.

Daher empfehle ich auch Namen einer Gruppe von 16 ehemaligen Landtagsabgeordneten aus den drei im Landtag vertretenen Parteien ein NEIN zur Fürsteninitiative.

Josef Biedermann, Mitglied des Landtags 1974 bis 1993, Landtagsvizepräsident 1989 bis 1993



Josef Biedermann: «Verfassungsänderungen brauchen auch einen breiten Konsens in der Bevölkerung, wenn sie eine tragfähige Grundlage für die zukunftsweisende Entwicklung des Landes und die Erhaltung unserer Identität sein sollen.»